

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Buch, Claudia M.; Koop, Michael J.; Lücke, Matthias; Schrader, Klaus; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter

Working Paper

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Ungenügende Reformen trotz verschärfter Krise

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 242

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Koop, Michael J.; Lücke, Matthias; Schrader, Klaus; Engerer, Hella; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Weißenburger, Ulrich; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter (1994) : Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Ungenügende Reformen trotz verschärfter Krise, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 242, <http://hdl.handle.net/10419/485>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

242

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands

Ungenügende Reformen trotz verschärfter Krise

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL

DEZEMBER 1994

ISSN 0455-0420

Inhaltsverzeichnis

I. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	3
1. Produktion, Investitionen, Preise	3
2. Einkommen, Löhne, Arbeitsmarkt	7
II. Wirtschaftspolitische Lage	10
1. Finanzpolitik	10
2. Geld- und Kreditpolitik	12
3. Außenwirtschaftsbeziehungen.....	15
4. Währungspolitik und Rubelzone	16
5. Privatisierung	17
6. Anti-Krisen-Programm	18
III. Zusammenfassung	20

577 660

Dieser Bericht wurde am 2. November 1994 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Claudia M. Buch, Michael J. Koop, Matthias Lücke und Klaus Schrader mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weißenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Die wirtschaftliche Lage Weissrusslands : ungenügende Reformen
trotz verschärfter Krise / Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin ... - Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft, 1994

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 242)

ISBN 3-89456-086-X

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>; GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

I. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1. Produktion, Investitionen, Preise

Die Entwicklung der weißrussischen Wirtschaft im Jahr 1994 ist durch eine deutliche Beschleunigung des Produktionsrückgangs im Vergleich zu den Vorjahren gekennzeichnet (Tabelle 1). In den ersten neun Monaten des Jahres sank das Bruttoinlandsprodukt gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 24 vH (1993: -9 vH). Die in den letzten Jahren betriebene Politik, Produktion und Beschäftigung mit Staatsaufträgen, Subventionen und staatlicher Investitionslenkung so weit wie möglich aufrechtzuerhalten, hat offensichtlich versagt. Nicht zuletzt die negative Entwicklung des Handels mit Rußland und den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat erheblich zur Verschlechterung der Lage der stark außenhandelsabhängigen weißrussischen Wirtschaft beigetragen. Die Verteuerung der Energieimporte aus Rußland hat die Wettbewerbsfähigkeit der weißrussischen Unternehmen beeinträchtigt und die Ab-

satzmöglichkeiten auf den ohnehin geschrumpften Märkten der ehemaligen Sowjetrepubliken zusätzlich verringert. Die ökonomischen Kosten einer Fortsetzung der strukturkonservierenden Politik werden angesichts der nach wie vor drohenden Gefahr einer Hyperinflation immer höher.

Die *Industrieproduktion* lag in den Monaten Januar–September 1994 um 25 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Es kam allerdings im Jahresverlauf zu einer Abschwächung des Produktionsrückgangs. Im ersten Quartal sank die Industrieproduktion im Vorjahresvergleich um 35 vH, im zweiten Quartal um 28 vH und im dritten Quartal um 12 vH. In vielen Unternehmen kam es wegen ausbleibender Zulieferungen und Absatzschwierigkeiten zu einer Einstellung der Produktion. Wie bereits 1992 und 1993 verzeichnete die Brennstoffindustrie, die vor allem russisches Erdöl weiterverarbeitet, in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994 den stärksten Produktionsrück-

Tabelle 1 – Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren 1990–1994 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1.–3. Quartal 1994
Indikatoren in konstanten Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-1,0	-10,0	-9,0	-24,0
Industrieproduktion ^a	2,1	-1,5	-9,4	-10,0	-25,4
Agrarproduktion	-8,7	-4,9	-10,0	4,0	-14,6
Investitionen ^b	9,0	-8,0	-15,0	-13,0	-26,0
Einzelhandelsumsatz	14,7	-0,5	-26,0	-21,0	-21,0
Dienstleistungen	6,3	-15,7	-28,0	-30,0	-17,0
Nominale Indikatoren					
Einkommen (Jahresdurchschnitt)	17,7	92,0	720,0	1 229,0	1 980,0
Verbraucherpreise (Jahresdurchschnitt)	4,5	80,0	1 020,0	1 576,8	2 430,0

^aIndustrielle Bruttoproduktion. – ^bBruttoanlageinvestitionen.

Quelle: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g. Minsk 1992, S. 7, 9, 166; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 1 ff.; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1993 goda. Minsk 1994, S. 1 ff., 104; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 5 ff., 61, 127.

gang (-53 vH; Tabelle 2).¹ Überdurchschnittlich verringerte sich auch die Produktion in der Baustoffindustrie (-35 vH), die vom Absinken der Investitionen besonders betroffen war, sowie in der Leichtindustrie (-34 vH). Im Maschinenbau (-25 vH) waren die Produktionseinbußen dort am höchsten, wo Investitionsgüter vorzugsweise für den Markt der ehemaligen Sowjetunion erzeugt werden. Hierzu zählen die Automobilindustrie (Lastkraftwagen: -35 vH), der Traktoren- und Landmaschinenbau (Traktoren: -50 vH; Mähdrescher: -70 vH), die elektrotechnische Industrie und der Werkzeugmaschinenbau. Bei den von diesem Industriezweig erzeugten langlebigen Konsumgütern verlief die Produktionsentwicklung demgegenüber uneinheitlich (Fernsehgeräte: -24 vH; Radiogeräte: -28 vH; Kühl- und Gefrierschränke: +2,8 vH; Waschmaschinen: +4,2 vH; Motorräder: -59 vH). Vergleichsweise gering sanken die Stromerzeugung (-14 vH) und die Produktion der überwiegend für den Binnenmarkt tätigen Nahrungsmittelindustrie (-11 vH).²

In den letzten Jahren ist es aufgrund des unterschiedlichen Produktionsrückgangs in den einzelnen Branchen sowie der Veränderungen der relativen Preise (Tabelle 2 und 4) zu einer

beträchtlichen Verschiebung in der Struktur der Industrieproduktion in jeweiligen Preisen gekommen. Besonders stark hat der Anteil der Elektrizitätswirtschaft an der nominalen Industrieproduktion zugenommen (1990: 3 vH; 1992: 8 vH; Januar–September 1994: 14 vH). Dieser Zuwachs war sowohl mengen- wie preisbedingt. Die Produktion sank wegen der relativ unelastischen Stromnachfrage nur unterdurchschnittlich. Gleichzeitig sind die Stromtarife wegen der Verteuerung der Importe von Erdöl und Gas überproportional angestiegen. Der Anstieg des Anteils der Chemieindustrie (1990: 9 vH; 1992: 12 vH; Januar–September 1994: 15 vH) ist ausschließlich auf überdurchschnittliche Preissteigerungen zurückzuführen. Demgegenüber sind die Anteile des Maschinenbaus (1990: 34 vH; 1992: 28 vH; Januar–September 1994: 25 vH) und der Leichtindustrie (1990: 17 vH; 1992: 13 vH; Januar–September 1994: 9 vH) wegen des vergleichsweise geringen Preisanstiegs in diesen Branchen deutlich zurückgegangen. Der Anteil der Brennstoffindustrie blieb mit 8 vH seit 1992 konstant (1990: 5 vH), da der starke Produktionsrückgang dieser Branche durch die weit überdurchschnittlichen Preissteigerungen kompensiert wurde.³

Tabelle 2 – Industrieproduktion nach Industriebereichen in konstanten Preisen 1991–1994 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1991	1992	1993	1.–3. Quartal 1994
Industrie insgesamt	-1,0	-9,4	-10,0	-25,4
Elektroenergieerzeugung	0,3	-3,4	-11,5	-13,8
Brennstoffindustrie	-6,0	-43,3	-41,3	-52,7
Eisen- und Stahlindustrie	13,0	-14,9	-12,0	-23,6
Chemie und Petrochemie	-7,0	-15,7	-9,5	-23,9
Maschinenbau und Metallverarbeitung	4,0	-9,2	0,7	-25,2
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	4,0	-6,0	2,0	-21,0
Baustoffindustrie	0,2	-3,8	-18,6	-35,2
Leichtindustrie	-0,1	3,7	-1,7	-33,9
Nahrungsmittelindustrie	-10,0	-17,6	-2,8	-11,3

Quelle: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g. Minsk 1992, S. 342; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 6; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1993 goda. Minsk 1994, S. 48; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 77.

Die Produktion der Landwirtschaft blieb in den ersten neun Monaten 1994 um 15 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Zwar lagen am Ende des Berichtszeitraums noch keine endgültigen Ernteergebnisse vor, jedoch zeichneten sich deutlich geringere Erträge als im Vorjahr ab. Das Staatskomitee für Statistik und Analyse schätzte Mitte Oktober die zu erwartende Ernte von Getreide auf 6,3 Mill. t (-16 vH) und von Kartoffeln auf 7,3 Mill. t (-37 vH). Bei Zuckerrüben und Gemüse lagen die Ernteerträge bis Mitte Oktober um etwa 25 vH unter den Vorjahreswerten. In der Tierwirtschaft sanken die gesamten Verkäufe von Vieh und Geflügel gegenüber den ersten drei Quartalen 1993 um 11 vH, die Milchproduktion um 1 vH, die Produktion von Eiern um 6 vH und von Wolle um 44 vH. Die Selbstvermarktung tierischer Produkte durch die Agrarbetriebe hat offensichtlich an Bedeutung gewonnen, da der Rückgang der staatlichen Aufkäufe (Vieh und Geflügel: -17 vH; Milch: -11 vH; Eier: -10 vH)⁴ stärker ausfiel als der Produktionsrückgang.

Die Angaben über die Entwicklung der *Investitionen* sind außerordentlich lückenhaft. Es fehlen insbesondere hinreichende Informationen über die sektorale Investitionsstruktur. Insgesamt sind die Investitionen in den ersten drei Quartalen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1993 um 26 vH zurückgegangen. Wie in den Vorjahren sanken die Investitionen in den produzierenden Bereich, zu dem in der Statistik auch das Verkehrs- und Nachrichtenwesen gerechnet wird, stärker als im Durchschnitt; ihr Anteil an den gesamten Investitionen betrug 53 vH (1993: 55 vH). Den stärksten Rückgang verzeichneten die Investitionen in die Baustoff- und in die Leichtindustrie mit über 50 vH. Die Investitionen in die Stromwirtschaft sanken um 23 vH und in den Maschinenbau um 15 vH. Demgegenüber wurde in die Erdölverarbeitung, die chemische und petrochemische Industrie sowie die Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie etwas mehr als im Vorjahr investiert. Die Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich, zu denen vor allem der Bau von Wohnungen und Sozialeinrichtungen zählt, gingen gegenüber den ersten drei Quartalen 1993 um 25 vH zurück.⁵

Lückenhaft sind auch die Angaben über den *privaten Konsum*. Der Rückgang des Einzelhandelsumsatzes und der Dienstleistungen in konstanten Preisen weist auf ein starkes Absinken des privaten Konsums hin. Dies steht im Einklang mit dem gesunkenen Realeinkommen (-20 vH). Allerdings nahm der Einzelhandelsumsatz im Jahr 1994 — erstmals seit 1991 — wieder weniger stark als die Investitionen ab.

Während in Rußland in diesem Jahr die monatlichen *Inflationsraten* meist unter 10 vH gehalten werden konnten, ist die Gefahr einer Hyperinflation in Weißrußland nach wie vor akut. Nachdem im Verlauf des ersten Quartals 1994 die monatlichen Preissteigerungsraten von 40 auf 10 vH gesunken waren, betrug sie in den beiden folgenden Quartalen meist zwischen 20 und 30 vH, im August überstieg der monatliche Anstieg der Verbraucherpreise sogar erstmals seit der Preisfreigabe 50 vH (Tabelle 3). Die

Tabelle 3 – Preisentwicklung Januar 1993–September 1994 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucherpreise
1993		
Januar	35,7	14,8
Februar	42,0	19,7
März	29,7	28,1
April	29,6	24,8
Mai	23,4	19,7
Juni	16,4	26,3
Juli	21,7	23,3
August	36,9	25,1
September	33,4	36,0
Oktober	58,7	44,5
November	63,8	43,2
Dezember	47,6	45,5
1994		
Januar	40,0	40,7
Februar	18,6	18,7
März	9,1	10,2
April	43,5	28,6
Mai	28,5	28,7
Juni	22,2	19,5
Juli	25,7	26,6
August	46,0	53,4
September	46,9	25,5

Quelle: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 67.

starken Schwankungen der monatlichen Preissteigerungsraten sind zu einem erheblichen Maße auf punktuelle administrative Preiserhöhungen zurückzuführen.

Die Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel lagen im September 1994 um 1 000 vH über dem Niveau vom Dezember 1993. Im Monatsdurchschnitt betrug der Preisanstieg 30 vH, wobei die höchsten monatlichen Steigerungsraten im August und September mit 46 bzw. 47 vH verzeichnet wurden. Am stärksten sind im Verlauf der ersten neun Monate des Jahres die Preise der Futtermittelindustrie (+1 700 vH) und der petrochemischen Industrie (+1 300 vH) gestiegen, am geringsten war der Preisanstieg in der Baustoff- und in der Glasindustrie (+600 vH). Da die beiden zuletzt genannten Industriezweige 1993 die mit Abstand höchsten Preissteigerungsraten aufwiesen, waren die Spielräume für weitere Preiserhöhungen 1994 offensichtlich klein (Tabelle 4). Geringer

als im Durchschnitt wurden die Stromtarife und die Preise der Brennstoffindustrie erhöht.

Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im Verlauf der ersten neun Monate knapp 800 vH (Nahrungsmittel: +855 vH; übrige Konsumgüter: +650 vH; Dienstleistungen: +780 vH). Dies entspricht einem Monatsdurchschnitt von 27 vH. Wie im Vorjahr blieb die Teuerungsrate damit deutlich hinter dem Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zurück, worin die unveränderte Politik der Regierung zum Ausdruck kommt, die Verteilungswirkungen der Inflation durch Preissubventionen abzumildern. Im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres, durch den saisonale Preisschwankungen eliminiert werden, stiegen die Verbraucherpreise im Zeitraum Januar bis September 1994 um 2 430 vH (Nahrungsmittel: +2 640 vH; übrige Konsumgüter: +2 130 vH; Dienstleistungen: +2 115 vH).⁶

Tabelle 4 – Entwicklung der Verkaufspreise der Industrie nach Branchen 1991–1994 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1992 zu 1991	Dezember 1992 zu Dezember 1991	Dezember 1993 zu Dezember 1992	September 1994 zu Dezember 1993
Industrie insgesamt	2 365	4 091	3 868	1 000
Elektroenergieerzeugung	3 453	8 443	4 205	790
Brennstoffindustrie	6 606	21 730	3 330	739
Eisen- und Stahlindustrie	3 939	5 295	3 310	885
Chemieindustrie	3 529	5 580	4 627	941
Petrochemie	2 526	5 775	3 722	1 267
Maschinenbau	2 645	3 313	2 579	901
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	1 829	2 559	4 138	1 080
Baustoffindustrie	2 396	4 378	5 520	606
Glasindustrie	1 523	1 612	5 124	627
Leichtindustrie	1 166	1 747	3 922	1 035
Nahrungsmittelindustrie	1 091	2 048	3 884	989
Mühlenindustrie	2 376	8 535	1 677	1 162
Futtermittelindustrie	1 947	4 392	1 665	1 655

Quelle: Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 44; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1993 goda. Minsk 1994, S. 40; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 71.

2. Einkommen, Löhne, Arbeitsmarkt

Bei einem Anstieg der nominalen *Einkommen* von 1 930 vH lagen die realen Einkommen im Zeitraum Januar–September 1994 um 20 vH unter dem Niveau des entsprechenden Zeitraums 1993. Damit zeichnet sich für das gesamte Jahr ein ähnlich starker Rückgang wie für 1993 (–21 vH) ab. Durch eine sehr sprunghafte monatliche Entwicklung sowohl der nominalen Einkommen und Löhne als auch der Verbraucherpreise zeigen Vergleiche einzelner Monate und Zeiträume sehr differenzierte Resultate. Die nach Abzug gesetzlicher Pflichtabführungen und Beiträge verfügbaren Geldeinkommen verringerten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 29 vH.⁷ Im April wurde das Realeinkommensniveau von Dezember 1993 wieder erreicht, in den folgenden Monaten wurde es zeitweilig auch stärker überschritten (Tabelle 5).

Tabelle 5 – Entwicklung der nominalen und realen Geldeinkommen und Löhne 1994^a

	Geldein-	Löhne	Geldein-	Löhne
	kommen		kommen	
	nominal (Vormonat = 100)		real (Dezember 1993 = 100)	
Januar	94	116	67	82
Februar	139	108	78	75
März	135	117	96	79
April	140	166	105	102
Mai	115	110	95	88
Juni	156	121	124	89
Juli	115	153	113	107
August	140	110	103	77
September	122	128	100	78

^aDie Geldeinkommen umfassen alle Einkommen in Geldform, nicht jedoch z.B. unentgeltliche Leistungen und Naturerträge aus Hauswirtschaften.

Quelle: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjebre 1994 goda. Minsk 1994, S. 61 f.; interne Arbeitsmaterialien des NIEI; eigene Berechnungen.

Bei einem Anstieg der *Nominallöhne* von 1 564 vH gingen die Reallöhne des Zeitraums Januar–September 1994 gegenüber der Ver-

gleichperiode des Vorjahres um 39 vH zurück. Damit fiel der Rückgang der Reallöhne stärker aus, als die Lohnpolitik ursprünglich beabsichtigt hatte. Bei zwischenzeitlich starken monatlichen Schwankungen wurden im September 1994 nur 78 vH der Reallöhne vom Dezember 1993 ausgewiesen. Durch die Festlegung von Mindestlöhnen und eine Indexierung der Einkommen in den haushaltsfinanzierten Organisationen sollte das Nominallohnwachstum auf 70 vH der Preisentwicklung begrenzt werden.

Die Struktur der Geldeinkommen veränderte sich weiter zuungunsten der Löhne. Diese blieben zwar nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle, jedoch verringerte sich ihr Anteil an den Gesamteinkommen auf 45 vH (1991: 71 vH, 1993: 62 vH). Die anderen Einkommensbestandteile sind deutlich schneller gestiegen als die Löhne (Tabelle 6). Das gilt vor allem für Transferzahlungen und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit, die überdurchschnittlich zunahm.⁸ Dahinter könnte sich ein sehr starker Gewinnzuwachs im Handel verbergen.⁹ Möglicherweise sind in den Unternehmen aber auch Lohnzahlungen als Einnahmen aus Unternehmertätigkeit deklariert worden; solche Umschichtungen könnten in Erwartung einer Lohnindexierung getätigt worden sein.

Tabelle 6 – Struktur der Geldeinkommen im Zeitraum Januar–September 1993 und 1994 (vH)

	1993	1994
Geldeinkommen insgesamt	100	100
Arbeitslohn	58,0	45,4
Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte	4,1	4,0
Renten, Unterstützungen, Stipendien, Unterstützungen für individuellen Wohnungsbau, Zinseinkommen, Versicherungsleistungen	16,2	17,0
Dividenden	3,9	3,1
Einnahmen aus Unternehmertätigkeit	15,8	28,5
Sonstige Einnahmen	2,0	2,0

Quelle: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjebre 1994 goda. Minsk 1994, S. 61; eigene Berechnungen.

Die Grundvergütung der Beschäftigten in den haushaltsfinanzierten Organisationen und die Mindestlöhne in der Wirtschaft wurden wie bisher vierteljährlich erhöht und betragen im September 1994: 11 000 bzw. 10 000 Rubel. Sie stiegen damit langsamer als die durchschnittlichen Arbeitslöhne.

Die Zusammensetzung des von der weißrussischen Statistik definierten Existenzminimums ist nicht eindeutig. Damit ist die Anwendung als Maßstab des Lebensstandards problematisch. Hinzu kommen Einkommens- und Preissprünge, die eine kurzfristige Vergleichbarkeit erschweren. Bei allen Einschränkungen der Bewertung ist jedoch ist eine negative Entwicklung der Relation zwischen den Einkommen aus verschiedenen Quellen und dem Existenzminimum unverkennbar.

Die Relation des Durchschnittslohns zum amtlich berechneten Existenzminimum sank im Verlauf des Jahres 1994 von 123 vH im Januar (April: 146 vH) auf 95 vH in den Monaten August und September. 1993 hatte der Durchschnittslohn noch 176 vH des Existenzminimums betragen.¹⁰ Im August 1994 erhielten 38 vH der Beschäftigten in der Industrie einen Lohn, der geringer als das Existenzminimum war. Die Mindestaltersrenten wurden bis September 1994 sechsmal der Preisentwicklung an-

gepaßt, dennoch verschlechterte sich ihre Relation zum Existenzminimum drastisch gegenüber 1993 (Tabelle 7).

Die Entwicklung der Löhne verlief wie bisher differenziert (Tabelle 8). Die regelmäßige Anhebung der unteren, indexierten Lohngruppen zog eine Anhebung auch der grundsätzlich nicht indexierten Einkommen der höheren Qualifikationsstufen nach sich. Im Gesundheitswesen und in der Verwaltung von Staat und Wirtschaft wuchsen die Löhne deutlich überdurchschnittlich. Die relativen Löhne in den Sektoren Bildung, Kultur und Wissenschaft sanken dagegen. In dem Teil der Wirtschaft, der nicht der Regulierung unterliegt, insbesondere im Fernmeldewesen, Baugewerbe und in der Industrie, sind die Löhne überdurchschnittlich angestiegen. In der Landwirtschaft fiel das nominelle Lohnwachstum ein weiteres Mal unterdurchschnittlich aus.

Auf dem *Arbeitsmarkt* hat sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung noch immer nicht ausgewirkt (Tabelle 9). Zwar nahm die Beschäftigung zwischen Dezember 1992 und Dezember 1993 um 200 000 Personen ab; die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen stieg aber nur um 42 000. Im September 1994 stieg die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen auf knapp 100 000. Zu dem nur geringen

Tabelle 7 – Entwicklung der monatlichen Löhne und Renten 1994

	Durchschnittslohn	Mindestlohn	Mindestaltersrente	Durchschnittliche Altersrente	Existenzminimum	Durchschnittslohn zu Existenzminimum
	Rubel					vH
Januar	18 847	3 000	4 200	8 834	15 313	123
Februar	20 438	3 000	4 800	9 011	18 176	112
März	23 853	3 000	4 800	9 011	20 871	114
April	39 696	6 000	7 800	15 172	27 237	146
Mai	43 785	6 000	7 800	15 200	35 680	123
Juni	53 162	6 000	8 892	17 963	47 066	113
Juli	81 546	10 000	16 000	29 600	60 669	134
August	89 723	10 000	16 000	29 600	94 765	95
September	114 700	10 000	18 450	36 653	121 110	95

Quelle: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-sentjabre 1994 goda. Minsk 1994; interne Arbeitsmaterialien des NIEI.

Tabelle 8 – Lohnentwicklung und -strukturen nach Branchen 1992–1994

	Durchschnittslohn		Struktur		
	August 1994	August 1994 zu Dezember 1993	Dezember 1992	Dezember 1993	August 1994
	Rubel.	vH			
Insgesamt	89 723	552	100	100	100
Industrie	103 154	593	106	107	115
Landwirtschaft	64 593	430	101	92	72
Transport	110 712	563	103	121	123
Fernmeldewesen	92 557	687	77	83	103
Baugewerbe	130 392	615	120	130	145
Handel/Gaststätten	82 260	546	71	93	92
Gesundheitswesen	79 380	688	89	71	88
Bildung	64 458	550	94	72	72
Kultur	54 919	519	77	65	61
Wissenschaft und wissenschaft- liche Dienstleistungen	79 057	475	97	102	88
Banken	152 416	373	221	251	170
Staatsverwaltung	105 328	692	93	94	117

Quelle: Osnovnye itogi raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v 1993 godu. Minsk 1994, S. 50; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 63; eigene Berechnungen.

Rückgang der Beschäftigung dürfte das Beschäftigungsprogramm der Regierung beigetragen haben, das unter anderem vorsieht, den Betrieben Vorzugskredite zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze zu gewähren. Generell ist davon auszugehen, daß ein Teil des Beschäftigungsabbaus im Staatssektor von der Privatwirtschaft absorbiert wird. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote betrug im September 1994 nur 2 vH. Dagegen nahm die verdeckte Arbeitslosigkeit zu.¹¹ Die statistisch ausgewiesenen Ausfallzeiten in der Industrie verdoppelten sich im Zeitraum Januar–September 1994 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Aus diesem Grund waren durchschnittlich 10 vH der Beschäftigten der Industrie ohne Arbeit.¹² Der Anteil der Arbeitslosen, die sechs Monate bis zu einem Jahr ohne Stellung waren, stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 1993 von 16 auf 29 vH. Der Anteil der Arbeitslosen, die weniger als 6 Monate arbeitslos waren, nahm dagegen ab. Länger als ein Jahr ohne Arbeit waren 6 vH der Arbeitslosen.¹³ Drei Viertel der Arbeitslosen gehörten zur Altersgruppe der 18- bis 40-jährigen. Die Frauen waren mit 63 vH überpro-

portional von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nur die Hälfte der registrierten Arbeitslosen erhielt eine Unterstützung. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen nahmen im September nur 1 900 Personen (2 vH) an Umschulungsmaßnahmen teil. Zunehmend werden Arbeitslose zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen. Im September betraf dies 4 100 Personen (4 vH).¹⁴

Tabelle 9 – Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen 1992, 1993 und 1994

	Dezember 1992	Dezember 1993	September 1994
Beschäftigte ^a	4 900	4 700	–
Arbeitslose ^a	24,0	66,2	99,5
Arbeitslosenquote ^b	0,5	1,4	2,0
Offene Stellen ^a	18,2	12,5	25,0

^aIn Tausend. – ^bIn vH.

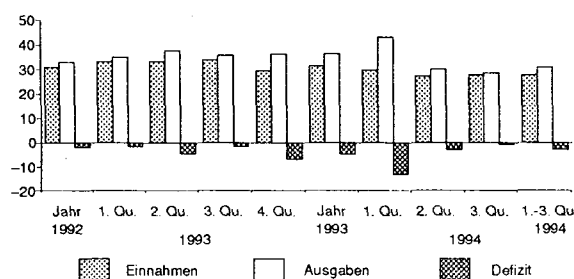
Quelle: Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'–dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 49; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva ... v 1993 godu. Minsk 1994, S. 51; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare–sentjabre 1994 g. Minsk 1994, S. 72.

II. Wirtschaftspolitische Lage

1. Finanzpolitik

Finanzpolitisch lassen sich die ersten neun Monate des Jahres 1994 in zwei unterschiedliche Phasen teilen: Das Defizit des konsolidierten Haushalts schnellte im ersten Quartal auf 13 vH des BIP. In den Folgequartalen zeigten Konsolidierungsbemühungen vordergründig Erfolge. Insgesamt belief sich das Defizit nach Ende des dritten Quartals auf nur noch knapp 3 vH des BIP (Schaubild 1).¹⁵ Eine solche Konsolidierungspolitik ist insbesondere bei real rückläufigen Einnahmen bemerkenswert. Angesichts auffallend rudimentärer Informationen über die Entwicklung der Zentralbankkredite nach dem ersten Quartal kann vermutet werden, daß es sich um eine neuerliche Ausgaben- und Aufgabenumschichtung zwischen öffentlichem Haushalt und Zentralbank handelt. Würde sich dies bestätigen, könnte auch angesichts eines derart geringen Defizits von einer konsequenten Stabilitätspolitik keine Rede sein.

Schaubild 1 – Einnahmen, Ausgaben und das Defizit 1992, 1993 und 1994 (in vH des BIP)^a



^aDie Angaben über das nominale BIP für 1993 streuen je nach Quelle erheblich. Bei der Berechnung der Anteilswerte wurden Angaben des Finanzministeriums zugrunde gelegt, die für 1993 ein BIP von 11,5 Bill. Rubel ausweisen.

Quelle: Unterlagen des Finanzministeriums von Weißrußland; eigene Berechnungen.

Der reale Einbruch auf der Einnahmenseite des konsolidierten Haushalts hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1994 beschleunigt (-35 vH).¹⁶ Insgesamt erreichten die Ein-

nahmen des konsolidierten Haushalts etwa 28 vH des BIP.¹⁷ Wesentliche Ursachen des realen Einnahmerückgangs dürften in dem beschleunigten Produktionszusammenbruch und der hohen Inflation liegen, durch die verzögerte Steuerzahlungen real entwertet werden. Die Struktur der Steuereinnahmen blieb trotz des erheblichen realen Produktionsrückgangs und der Senkung des Mehrwertsteuersatzes um 5 Prozentpunkte zu Jahresbeginn¹⁸ im wesentlichen erhalten (Tabelle 10); dieser gleichmäßige reale Rückgang des Steueraufkommens läßt eine sinnvolle Interpretation der Aufkommenselastizität einzelner Steuerarten und damit auch des Fortschritts in der Haushaltsreform nur begrenzt zu.

Nach wie vor stellt die Gewinnsteuer die Haupteinnahmequelle des konsolidierten Haushalts dar (etwa 30 vH der Gesamteinnahmen), gefolgt von der Mehrwertsteuer (28 vH) und den Akzisen (10 vH). Eine eher untergeordnete Rolle spielt weiterhin das Einkommensteueraufkommen (etwa 7 vH). Wie in den Vorjahren wird durch laufende Anpassung der steuerrechtlichen Einkommensklassen¹⁹ die „kalte Progression“ für die privaten Haushalte abgeschwächt, jedoch nicht aufgehoben.

Die Entwicklung auf der Ausgabenseite war im bisherigen Jahresverlauf uneinheitlich: Während die Ausgaben im ersten Quartal die Rekordhöhe von 43 vH am BIP erreicht hatten, wurden sie im zweiten und dritten Quartal so deutlich reduziert, daß sich für die ersten neun Monate des Jahres 1994 ein Anteilswert von knapp 31 vH am BIP errechnet. Insgesamt sanken die Ausgaben in den ersten neun Monaten real um 35 vH im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die „sonstigen Ausgaben“ hatten im ersten Quartal 1994 einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren, als vormals über das Bankensystem weitergeleitete Zentralbankkredite über den Haushalt abgerechnet wurden. Folglich könnte die deutliche Reduzierung dieses Postens in den Folgequartalen vor allem auf eine Veränderung dieser Finanzierungspraxis hindeuten. Entsprechendes gilt für die Interpretation der überdurchschnittlich gekürzten Ausgaben für die „Volkswirtschaft“;

Tabelle 10 – Konsolidierter Haushalt der Republik Weißrußland^a 1992–1994.

	1992	1993				1994					
	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Jahr	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	1.–3. Qu.	Haus- halts- entwurf
		<i>Einnahmen</i>									
Insgesamt (Mrd. Rubel)	296,0	294,3	530,0	950,3	1 848,5	3 623,1	3 850,9	7 063,7	16 822,4	27 736,9	51 717,9
davon (vH):											
Mehrwertsteuer	37,1	28,0	28,0	27,4	27,5	27,6	25,7	30,1	27,6	28,0	25,9
Akzisen	8,9	14,0	14,1	11,2	11,7	12,1	11,9	10,8	10,0	10,4	15,7
Gewinnsteuer	25,6	24,2	28,4	28,6	31,5	29,7	29,8	30,4	30,4	30,3	29,9
Einkommensteuer	7,4	6,4	6,3	6,6	7,7	7,1	7,1	7,5	7,0	7,1	6,2
Tschernobylsteuer	8,4	7,3	7,0	7,6	8,1	7,7	6,0	5,7	5,1	5,4	4,7
Sonstige	12,6	20,1	16,2	18,6	13,5	15,8	19,5	15,6	19,9	18,7	17,7
		<i>Ausgaben</i>									
Insgesamt (Mrd. Rubel)	314,7	307,6	597,4	996,1	2 267,2	4 168,3	5 532,7	7 814,2	17 260,6	30 607,5	61 451,0
davon (vH):											
Volkswirtschaft	41,8	45,5	38,8	42,8	35,9	38,7	27,9	31,0	30,0	29,9	26,4
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	28,8	30,1	27,8	31,6	30,3	28,9	35,6	34,8	33,9	35,0
Wissenschaft	1,4	1,4	0,9	0,9	1,4	1,2	0,6	0,8	0,8	0,8	1,0
Tschernobylfolgen	12,6	8,2	10,6	10,5	9,3	9,7	7,8	6,3	7,4	7,2	7,3
Verteidigung	4,8	5,3	5,3	4,1	3,8	4,2	4,5	4,9	4,1	4,4	4,2
Rechtsorgane	3,0	4,5	4,0	3,4	3,3	3,5	3,3	4,4	4,5	4,3	4,0
Verwaltung	1,8	2,3	1,5	1,7	1,6	1,7	1,4	2,0	1,9	1,8	1,4
Innerer Schuldendienst	2,0	1,9	1,0	1,6	0,9	1,2	0,5	0,6	0,6	0,6	0,9
Sonstige	2,1	2,3	7,8	7,2	12,1	9,6	25,1	14,3	15,8	17,1	19,8
		<i>Saldo</i>									
Defizit											
in Mrd. Rubel	18,6	13,3	67,4	45,8	418,7	545,2	1 681,7	750,5	438,2	2 870,5	9 733,1
in vH der Einnahmen	6,3	4,5	12,7	4,8	22,7	15,0	43,7	10,6	2,6	10,3	18,8
in vH des BIP ^c	2,0	1,5	4,2	1,6	6,7	4,7	13,0	2,9	0,7	2,9	5,6

^aIm „konsolidierten Haushalt“ werden der Republikshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften zusammengefaßt; nicht einbezogen werden die bestehenden zahlreichen außerbudgetären Fonds. – ^bUm die Vergleichbarkeit der Daten aufrechtzuerhalten, wurde die Streichung einer Null beim weißrussischen Rubel im August 1994 nicht berücksichtigt. – ^cDie Angaben über das nominale BIP für 1993 streuen je nach Quelle erheblich. Bei der Berechnung der Anteilswerte wurden Angaben des Finanzministeriums zugrunde gelegt, die für 1993 ein BIP von 11,5 Bill. Rubel ausweisen.

Quelle: Unterlagen des Finanzministeriums von Weißrußland; eigene Berechnungen.

hinter diesem Posten verbergen sich vor allem Subventionszahlungen. Diese anhaltenden Subventionszahlungen konservieren die Verzerrungen der relativen Preise. Insgesamt übersteigen die Aufwendungen für Subventionen (66 vH der Ausgaben für „Volkswirtschaft“) bei weitem die staatlichen Ausgaben für Investitionen (23 vH).

Durch die radikale Ausgabenkürzung im zweiten und dritten Quartal 1994 konnte das offiziell ausgewiesene Defizit des konsolidierten Haushalts im bisherigen Jahresverlauf auf eine Größenordnung von 2,9 vH des BIP begrenzt werden. Die Zentralbank stellte dem Haushalt offensichtlich ein größeres Kreditvo-

lumen zur Verfügung als zur Defizitfinanzierung notwendig gewesen wäre (110 vH des Gesamtdefizits).²⁰ Diese Kredite führten zusammen mit Krediten internationaler Organisationen zu erheblichen Kassenreserven im öffentlichen Sektor; insgesamt konnten Finanzmittel in der Größenordnung des in den ersten neun Monaten aufgelaufenen Defizits in das vierte Quartal übertragen werden. Das auffallend geringe Defizit und die Bildung dieser erheblichen Kassenreserven bedürfen einer Erklärung. Diese könnte z.T. darin zu finden sein, daß es sich bei den Kassenreserven im wesentlichen um nicht genutzte Kredite internationaler Organisationen handelt.

Tabelle 11 – Außerbudgetäre Fonds 1994 (Mrd. Rubel)^a

	1.1.1994	1. Halbjahr 1994		
	Saldoübertrag	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Sozialversicherungsfonds	31,2	2 837,6	2 808,0	60,8
Beschäftigungsfonds	7,8	69,2	16,2	60,8
Straßenbaufonds	0,7	814,2	245,3	569,6

^aUm die Vergleichbarkeit der Daten aufrechtzuerhalten, wurde die Streichung einer Null beim weißrussischen Rubel im August 1994 nicht berücksichtigt.

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsmaterialien des NIEL.

Die Finanzlage der wichtigsten außerbudgetären Fonds (Sozialversicherungs-, Beschäftigungs- und Straßenbaufonds) war in den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 durch deutliche Überschüsse geprägt (Tabelle 11), während der konsolidierte Haushalt ein Defizit in der Größenordnung von 6,3 vH des BIP auswies. Unter Einbeziehung dieser Überschüsse ergibt sich für die ersten sechs Monate des Jahres 1994 ein Defizit des öffentlichen Sektors von 4,5 vH des BIP. Danach geht von diesen Nebenhaushalten eine stabilisierende Wirkung aus. Unter den Bedingungen nicht ausgelasteter Kapazitäten würde die Verwendung der außerbudgetären Mittel die Inflation nicht zwangsläufig verschärfen. Irritierend scheint daher, daß trotz der bekannten Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur die Mittel des Straßenbaufonds nur zu einem Drittel abgerufen wurden.

Die aktuellen Haushaltsplanungen für das laufende Jahr sehen eine Defizitbegrenzung auf unter 6 vH des BIP vor. Demnach würde sich für das vierte Quartal 1994 noch ein erheblicher finanzpolitischer Spielraum ergeben. Abweichungen auf der Einnahmenseite des konsolidierten Haushalts ergeben sich im bisherigen Jahresverlauf vor allem bei den indirekten Steuern; zudem lag bislang der Anteil der Einkommensteuer am Gesamtaufkommen deutlich über den Planungen. Auf der Ausgabenseite ist eine über die bisherige Entwicklung hinausgehende Reduzierung des Postens „Volkswirtschaft“ bei gleichzeitiger Verdoppelung des Gewichts der „sonstigen Ausgaben“ vorgesehen. Hinter dieser Strukturveränderung könnte sich eine buchhalterische Umschichtung von Subventionen verbergen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß auf den ersten Blick ein finanzpolitischer Kurswechsel erfolgte. Allerdings scheint weiterhin eine partielle Substitutionsbeziehung zwischen Geld- und Fiskalpolitik zu bestehen, die jeglichen stabilitätsorientierten Ansatz sofort konterkarieren kann. Dringend geboten ist daher, die bestehende Verflechtung von Staats-, Unternehmens- und Bankensektor und Zentralbank aufzubrechen. An diesem Punkt müßte auch ein Anti-Krisen-Programm — wie es von der Regierung vorgelegt wurde — ansetzen. Eine auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtete Fiskalpolitik allein reicht nicht aus.

2. Geld- und Kreditpolitik²¹

Offensichtlich hat die weißrussische Regierung inzwischen von einer Währungsunion mit Rußland Abstand genommen (vgl. Abschnitt II.4). Damit bleibt Weißrußland in seinen geld- und währungspolitischen Entscheidungen autonom. Angaben über die geld- und kreditpolitische Entwicklung liegen nur für die ersten drei Monate des Jahres 1994 vor; es läßt sich hieraus kein Trend zu einer stabilitätsorientierten Politik ablesen. Im ersten Quartal 1994 war im Vergleich zu den Vorjahren keine Eindämmung des Geldmengenwachstums (M3) zu verzeichnen; anhaltend negative Realzinsen und hohe monatliche Inflationsraten deuten darauf hin, daß auch im weiteren Verlauf des Jahres keine Abschwächung des Geldmengenwachstums eingetreten ist. Damit konnten, anders als in Rußland, nicht einmal erste Ansätze zu einer Stabilisierung des monetären Sektors erzielt werden.

Die Kreditvergabe der weißrussischen Zentralbank expandierte im ersten Quartal 1994 deutlich stärker als die Bargeldmenge und die Geldmenge M3 (Tabelle 12). Noch im vergangenen Jahr hatten die Zentralbankkredite weniger stark zugenommen als die übrigen Geldmengenaggregate. Stärker als im Vorjahr stiegen auch die Geldmenge M3 und die Bankkredite an, während die Wachstumsrate der Bargeldmenge leicht fiel. Angaben des weißrussischen statistischen Amtes zufolge, die allerdings nicht mit anderen Quellen vergleichbar sind, nahm das Volumen der Bankkredite in den ersten acht Monaten von 1994 um insgesamt 630 vH zu.²² Gemessen am Anstieg des Erzeugerpreisindex von 650 vH im selben Zeitraum entspricht dies einer leichten Abnahme der realen Geldmenge, relativ zum Anstieg der Verbraucherpreise (+605 vH) einer leichten Zunahme. Um die im Anti-Krisen-Programm der Regierung niedergelegten Ziele zu erreichen (zu diesem Programm vgl. Abschnitt II.6), ist somit eine erhebliche Reduzierung des Geldmengenwachstums erforderlich. In den Vorgaben des Programms spiegelt sich die fehlende Autonomie der Zentralbank wider.

Eine glaubwürdige monetäre Stabilisierung erfordert unter anderem die Umsetzung struktureller politischer Maßnahmen, insbesondere die Umsetzung eines Konkursgesetzes für Unternehmen und der Privatisierung der staatlichen Betriebe. Werden derartige Schritte nicht eingeleitet, droht die Gefahr, daß die Unternehmen auf eine Beschränkung der Kreditvergabe durch die Banken mit einer Ausweitung der zwischenbetrieblichen Verschuldung reagieren und so eine spätere Monetisierung dieser Schulden zu erzwingen versuchen. Ein solches Verhaltensmuster war bereits zur Jahreswende 1993/94 zu beobachten. 1993 war ein realer Rückgang der Geldmenge M3 von einem deutlichen Anstieg der heimischen zwischenbetrieblichen Verschuldung begleitet. Insbesondere im Dezember stieg das Volumen der Lieferantenkredite auf das 3,5fache des Niveaus vom Vormonat. In den ersten drei Monaten von 1994 war hingegen bei einem realen Anstieg von M3 ein deutlicher realer Rückgang der zwischenbetrieblichen Verschuldung zu beobachten, was mit

einer — zumindest teilweisen — Monetisierung dieser Schulden durch das Bankensystem zu erklären ist.²³ Jedoch konnte ein erneuter realer Anstieg der zwischenbetrieblichen Verschuldung nicht verhindert werden. Im zweiten und dritten Quartal 1994 nahm das Volumen der Lieferantenkredite wieder deutlich stärker zu als die Verbraucherpreise; im dritten Quartal gilt dies auch für die Erzeugerpreise.²⁴

Tabelle 12 – Geldmengen- und Kreditentwicklung in Weißrußland und Rußland 1992, 1993 und 1994^a (Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH)

	1992	1993	1994
	1.–4. Qu.	1.–4. Qu.	1. Qu.
Bargeld			
Weißrußland	75	96	83
Rußland	82	70	20
M3			
Weißrußland	57	80	112
Rußland	68	51	9
Zentralbankkredite ^b			
Weißrußland	117	69	139
Rußland	125	46	40
Bankkredite			
Weißrußland ^c	107	64	118
Rußland ^d	86	58	28

^aDurchschnittliche Quartalswerte. – ^bInländische Nettokreditvergabe. – ^cKredite der Zentralbank und der Geschäftsbanken an Haushalte und Unternehmen. – ^dKredite der Geschäftsbanken.

Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und des Russischen Wirtschaftsministeriums; Central'nyi Bank Rossijskoj Federacii, Bjuilleten' Bankovskoj Statistiki, Nr. 1/1994; Russian Economic Trends, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnungen.

In den drei ersten Monaten des Jahres 1994 hat eine deutliche Umschichtung in der Struktur der Zentralbankkredite weg von Krediten an Geschäftsbanken, hin zu einer verstärkten Kreditierung des Budgets stattgefunden (Tabelle 13). Während Ende 1991 nur knapp 10 vH der Zentralbankkredite an die Regierung vergeben worden waren, stieg dieser Anteil auf 58 vH am Ende des ersten Quartals 1994. Zwar vergab die Zentralbank so gut wie keine Kredite direkt an Unternehmen, jedoch flossen sowohl Kredite an die Regierung als auch Kredite an die Geschäftsbanken unmittelbar an den Unternehmenssektor weiter.

Tabelle 13 – Verteilung der Zentralbankkredite nach Empfängern 1991–1994 (vH)^a

	1991	1992	1993	1994 (März)
Unternehmen	0	1	2	2
Regierung	9	17	24	58
Banken	91	82	74	40
darunter:				
Zentralisierte Kredite	.	44	39	30
Anteil an den Krediten an Geschäftsbanken	.	54	53	75

^aAnteile an dem gesamten heimischen Kreditbestand der weißrussischen Zentralbank; Periodenendwerte.

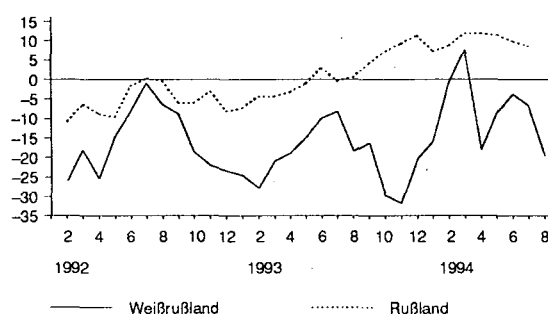
Quelle: Interne Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds; eigene Berechnungen.

Grundsätzlich ist der Übergang von indirekten Subventionen, die den Unternehmen durch das Bankensystem zufließen, zu direkten Subventionen aus dem Budget zu begrüßen, da er die Transparenz des Finanzsystems erhöht und mehr Unabhängigkeit der Geschäftsbanken von einer politisch motivierten Kreditvergabe ermöglicht. Allerdings ist diese positive Bewertung einzuschränken: So hat die Zentralbank zwar insgesamt einen geringeren Anteil ihrer Kredite über die Banken vergeben, gleichzeitig aber auch den Anteil derjenigen Kredite gesenkt, über deren Vergabe die Banken frei entscheiden können. Während Ende 1992 nur 54 vH der von der Zentralbank an die Banken vergebenen Kredite zentralisierte Mittel waren, stieg dieser Anteil auf 75 vH am Ende des ersten Quartals 1994 (Tabelle 13). In der Regel bestimmt die Zentralbank im Rahmen von Regierungsvorgaben bei der Vergabe zentralisierter Kredite sowohl die Empfänger als auch Zinsen und Laufzeiten der Kredite.²⁵

Der allgemeine Refinanzierungszins blieb bis Ende September 1994 auf einem Niveau von 210 vH. Angesichts der anhaltend hohen Inflationsraten bedeutete dies — abgesehen von einer kurzen Periode positiver Realzinsen im März 1994 — eine Fortsetzung der Politik negativer Realzinsen (Schaubild 2).²⁶ Tatsächlich dürfte die über negative Realzinsen bewirkte indirekte Subventionierung der Unternehmen durch die Zentralbank noch größer ausfallen, als dies die Betrachtung des allgemeinen Refi-

nanzierungssatzes anzeigt. Nach wie vor wird eine Reihe vergünstigter Zentralbankkredite über das Budget oder die Geschäftsbanken an Sektoren wie die Landwirtschaft vergeben. Entsprechend blieben auch die realen Einlagen- und Kreditzinsen deutlich im negativen Bereich. Diese negativen Realzinsen bewirken eine Umverteilung von Vermögen zugunsten der Schuldner und zu Lasten der Gläubiger. Als Reaktion auf die reale Entwertung ihrer Guthaben in heimischer Währung hielten Haushalte und Unternehmen im März 1994 rund 37 vH ihrer Guthaben in ausländischer Währung; Ende 1992 waren dies nur 5 vH gewesen. Zudem haben private Haushalte und Unternehmen im ersten Quartal 1994 im Vergleich zum Vorjahr ihre Bargeldhaltung im Verhältnis zu ihren Einlagen in inländischer Währung bei den Banken gesenkt. Vorübergehend gesunkene Inflationsraten haben die Realzinsen zeitweise aus dem extrem negativen Bereich herausgeführt und somit die Einlagen bei Banken attraktiver gemacht. Da jedoch die Geschäftsbanken gleichzeitig ihre Reservehaltung bei der Zentralbank deutlich erhöht hatten, ist der Geldmultiplikator von einem Wert von 2,33 Ende 1993 auf 1,83 Ende März 1994 gefallen. Das bedeutet, daß die Zentralbank *ceteris paribus* eine größere Basisgeldmenge bereitstellen mußte, um eine geplante Erhöhung der Geldmenge zu erzielen.

Schaubild 2 – Reale monatliche Refinanzierungssätze in Weißrußland und Rußland^a 1992, 1993 und 1994 (vH)



^aDeflationiert mit dem Erzeugerpreisindex.

Quelle: Interne Unterlagen des Internationalen Währungsfonds; eigene Berechnungen.

3. Außenwirtschaftsbeziehungen

Im zweiten Halbjahr 1994 hat sich die internationale Zahlungsfähigkeit Weißrußlands erheblich verschlechtert. Das augenfälligste Krisensymptom sind die rasch wachsenden Zahlungsrückstände für russische Lieferungen von Energieträgern. Nach russischen Angaben sollen die ausstehenden Beträge Ende Oktober bei etwa 500 Mill. US\$ gelegen haben, was mehr als einem Sechstel der gesamten weißrussischen Exporte entspräche.²⁷

Die Ursachenanalyse wird dadurch erschwert, daß der weißrussische Handel statistisch immer noch völlig unzureichend erfaßt wird. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird sich das Leistungsbilanzdefizit 1994 insgesamt um mehr als die Hälfte auf über 600 Mill. US\$ ausweiten. Das Defizit wurde 1993 rechnerisch durch Kredite Rußlands sowie durch die erste Tranche der Systemtransformationsfazilität des IWF finanziert. Auch 1994 wird die verbleibende Finanzierungslücke vermutlich zum Teil durch Kredite des IWF gedeckt werden (zweite Tranche der Systemtransformationsfazilität und erste Tranche eines Bestandskredits; insgesamt etwa 140 Mill. US\$). Außerdem dürfte die russische Regierung zumindest einen Teil der Zahlungsrückstände Weißrußlands aus der Einfuhr von Energieträgern in staatliche Kredite umwandeln.

Die Auslandsverschuldung Weißrußlands wird unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung weiterer Kredite von Weltbank und Osteuropabank bis Jahresende 1994 auf etwa 1,8 Mrd. US\$ steigen (Tabelle 14).²⁸ Dies entspricht etwa 40 vH des BIP von 1993; für das BIP von 1994 dürfte diese Relation bei mindestens 50 vH liegen. Die Zinszahlungen in den Folgejahren würden sich bei einem hypothetischen Zinssatz von 7,5 vH auf knapp 140 Mill. US\$ bzw. 6 vH der Gesamtexporte des Jahres 1994 belaufen. Damit liegt die Auslandsverschuldung Weißrußlands bereits jetzt — nach gerade drei Jahren staatlicher Unabhängigkeit und ohne Belastung durch Altschulden der Sowjetunion — ähnlich hoch wie beim Durchschnitt der Staaten, die von der Weltbank als

Länder mit mittlerem Einkommen klassifiziert werden.²⁹

Die bisher verfolgte Strategie, Leistungsbilanzdefizite ohne interne Strukturanpassung durch Kredite zu finanzieren, muß auf mittlere Sicht scheitern. Das weißrussische Leistungsbilanzdefizit lag 1993 bei etwa einem Zehntel des Bruttoinlandsproduktes zu laufenden Preisen und umgerechnet zum laufenden Wechselkurs. Dieser Wert dürfte 1994 bei einem ungefähr verdoppelten Defizit und weiter geschrumpften Bruttoinlandsprodukt noch erheblich ansteigen. Eine derart hohe Neuverschuldung wird sich nicht mehr lange durchhalten lassen, ohne daß die Schuldendienstverpflichtung untragbar und Weißrußland international zahlungsunfähig wird. Selbst westliche Regierungen und multilaterale Organisationen, die bei ihrer Kreditvergabe nicht nur ökonomische, sondern auch politische Kriterien anwenden, werden unter diesen Umständen die Frage nach der Kreditwürdigkeit Weißrußlands aufwerfen müssen.

In dem Anti-Krisen-Programm wird angekündigt, die Subventionen für den Einsatz importierter Energieträger schrittweise abzubauen.³⁰ Damit würde ein Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie geschaffen. Dieses Verfahren wäre ökonomisch effizienter als die bisher praktizierte Rationierung durch zentrale Behörden. Andere Maßnahmen sollen Exporthemmnisse beseitigen.³¹ So soll die Sondersteuer von 15 vH auf Exporterlöse aus Staaten außerhalb der GUS abgeschafft werden. Der Zwangsumtausch von Exporterlösen in russischen Rubeln zum Marktkurs soll, entsprechend der Regelung für Staaten außerhalb der GUS, von 100 auf 50 vH herabgesetzt werden. Exportlizenzen und -quoten sollen bis auf wenige Ausnahmen entfallen. Offenbar sollen zur gezielten Förderung von Exporten die Akzisen bei der Ausfuhr bestimmter Fertigwaren (Reifen, Traktoren, Lastwagen u.a.) gegen russische Rubel gestrichen werden.³²

Daneben soll noch 1994 die Mehrwertsteuer für Exporte nach Rußland im Rahmen der noch bestehenden Clearing-Vereinbarungen abgeschafft werden.³³ Diese Maßnahme soll offenbar angesichts des bilateralen Handelsbilanzdefizits einen Anreiz für Exporte nach Rußland

Tabelle 14 – Auslandsverschuldung Weißrußlands 1994 und 1995 (Mill. US\$)

	1994				1995	
	Bestand am 1.1.	Zugang bis August	Zugang	Bestand am 31.12.	Zugang	Bestand am 31.12.
			September– Dezember			
Schätzung des NIEI						
Nationale Regierungen						
Deutschland	154	63	52	269	180	449
USA ^a	29	20	10	59	28	87
„Über“ Rußland ^b	135	0	0	135	0	135
Sonstige ^c	0	10	13	23	220	243
Multilaterale Organisationen						
Europäische Union	109	11	0	120	0	120
IWF	98	0	140	238	330	568
Weltbank	0	77	72	149	177	326
Osteuropabank	4	3	186	193	101	294
Technische Kredite						
Rußlands	451	9	270	730 ^d	0	730
Insgesamt	980	192	743	1 915^e	1 036	2 950^e

^aEinschließlich Eximbank. – ^bWeißrussischer Anteil an Kreditzusagen an die ehemalige Sowjetunion für Getreidelieferungen. – ^cItalien, Österreich, Kuwait, Spanien, Schweiz, Frankreich. – ^dEinschließlich voraussichtlicher Umverschuldungen von 200 Mill. US\$. – ^eUnter Berücksichtigung von Tilgungszahlungen liegt die Auslandsverschuldung Ende 1994 bei 1 822 Mill. US\$ und Ende 1995 bei 2 861 Mill. US\$.

Quelle: Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen des NIEI.

schaffen. Steuersystematisch ist sie aber unbegründet, da sowohl Rußland als auch Weißrußland bei der Erhebung der Mehrwertsteuer im bilateralen Handel nach dem Ursprungslandprinzip vorgehen, d.h. ihre jeweiligen Exporte, nicht aber ihre Importe der Steuer unterwerfen. Außerdem sind die Clearing-Abkommen 1994 verglichen mit den Vorjahren in ihrer Bedeutung weiter zurückgeführt worden. Sie stellen ein Überbleibsel der Planwirtschaft dar, das angesichts der inzwischen eingetretenen Verbesserungen im zwischenstaatlichen Zahlungssystem sowie der Anwendung von weltmarktnahen Preisen im Handel zwischen den GUS-Mitgliedsländern in naher Zukunft überflüssig sein wird. Ab 1995 soll die Mehrwertsteuerbefreiung dann für alle Exporte gelten.

4. Währungspolitik und Rubelzone³⁴

Die weißrussische Regierung hat ihre Pläne für eine Währungsunion mit Rußland bis auf weiteres aufgegeben.³⁵ Allerdings war die als erste Stufe einer Währungsunion geplante Zollunion im Juni 1994 bereits verwirklicht worden. Schon im März hatte die weißrussische Zentralbank den zuvor bei einem Verhältnis von 1:1 fixierten offiziellen Bargeldkurs zum russischen Rubel an den damaligen Marktkurs von 10:1 angeglichen; im Oktober 1994 war dann der weißrussische Rubel zum alleinigen Zahlungsmittel erklärt worden.³⁶ Im Anti-Krisen-Programm wird die Währungsunion mit Rußland nicht mehr erwähnt.³⁷

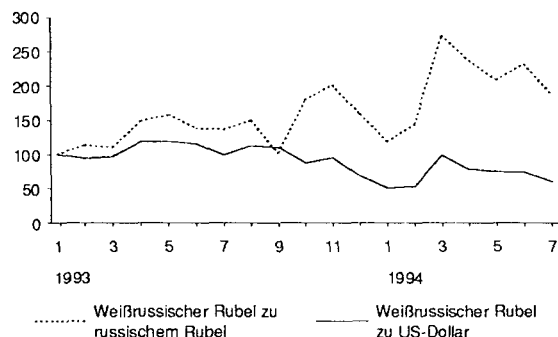
Im Bereich der Währungspolitik hat die weißrussische Zentralbank 1994 ihre im Vorjahr begonnene Politik der Vereinheitlichung der Wechselkurse fortgesetzt. Entsprechend wurde im Januar 1994 der letzte verbliebene Spezialkurs abgeschafft, zu dem zuvor auslän-

dische Direktinvestitionen und umtauschpflichtige Exporterlöse abgerechnet werden mußten. Zudem setzt die Zentralbank den offiziellen Wechselkurs zum US-Dollar in Übereinstimmung mit dem auf der Minsker Devisenbörse ermittelten Kurs fest; der Kurs zum russischen Rubel wurde bis Mai 1994 leicht unterhalb des Marktkurses fixiert.³⁸ Allerdings weichen nach wie vor die Bar- und Buchgeldkurse für ausländische Währungen erheblich voneinander ab, wobei der Buchgeldkurs in der Regel deutlich über dem Bargeldkurs liegt. Für den US-Dollar sowie für den russischen Rubel mußten in den ersten acht Monaten des Jahres 1994 durchschnittlich 15 vH mehr bezahlt werden, wenn die Rechnung mit weißrussischem Buchgeld und nicht mit Bargeld beglichen wurde. Dieser Preisaufschlag erhöhte sich Anfang September deutlich auf 30 bis 40 vH. Die beobachteten Kursdisparitäten werden von zwei Faktoren beeinflusst. Zum einen ist der höhere Buchgeldkurs ein Indikator für eine stärkere Emission von Buch- im Vergleich zu Bargeld bei gegebener Devisenbewirtschaftung durch die Zentralbank. Im August 1994 verbot die Bank sogar die Benutzung von Bargeld für Transaktionen wie den Erwerb ausländischer Währungen oder die Zahlung von Dividenden.³⁹ Diese Beschränkung wurde im Oktober 1994 wieder aufgehoben.⁴⁰ Zum anderen bestehen noch immer getrennte Geldkreisläufe für Bar- und Buchgeld, die Arbitragegeschäfte verhindern.

Insgesamt hat die Zunahme des nominalen Wechselkurses (200 vH) zwischen weißrussischem und russischem Rubel die Änderungsrate der heimischen Preise mehr als kompensiert, so daß sich der weißrussische Rubel in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 im Vergleich zum Jahresende 1993 real abgewertet (-18 vH) hat (Schaubild 3). Allerdings war die Entwicklung des realen Wechselkurses starken Schwankungen unterworfen, so daß auf eine reale Abwertungsphase zwischen Januar 1994 und März 1994 eine reale Aufwertungsphase folgte. Weißrussische Im- und Exporteure waren somit stark wechselnden Preissignalen ausgesetzt. Die Entwicklung des realen Wechselkurses zwischen weißrussischem Rubel und US-Dollar verlief etwas kontinuierlicher und

war — wiederum mit Ausnahme des ersten Quartals 1994 — von einer realen Aufwertungsphase gekennzeichnet. Insgesamt wertete sich der weißrussische Rubel bis Juli 1994 im Vergleich zum Dezember 1993 um real 12 vH gegenüber dem US-Dollar auf.⁴¹

Schaubild 3 – Realer Wechselkursindex des weißrussischen Rubels^a 1993–1994 (Januar 1993 = 100)



^aDeflationiert mit Verbraucherpreisen; Auktionskurse zum Periodenende.

Quelle: Interne Unterlagen des Internationalen Währungsfonds und des NIEI; eigene Berechnungen.

5. Privatisierung

Der Privatisierungsprozeß in Weißrußland zeichnet sich durch eine Vielzahl von Defiziten aus. Dazu zählen vor allem die folgenden:

- Die praktizierte „Entstaatlichung“ von Staatsbetrieben ist in der Regel eine reine Rechtsformtransformation, bei der der Staat alleiniger Eigentümer bleibt und die Betriebe teilweise an die Belegschaften verpachtet werden.
- Im Rahmen der Scheckprivatisierung wird kein neues Kapital in die Betriebe fließen, da die Privatisierungsschecks unentgeltlich an die Bevölkerung verteilt werden.
- Die Privatisierungsschecks sind personengebunden und nicht handelbar, was nicht zur Entwicklung von Kapitalmarktstrukturen beitragen wird.
- Die Beteiligung von ausländischen Investoren an der Privatisierung ist nur bei mangelndem Interesse weißrussischer Investoren

vorgesehen; der Erwerb von Grund und Boden ist Ausländern verwehrt.⁴²

Offensichtlich vor dem Hintergrund dieser Defizite wendet sich der Wirtschaftsrat beim Vorsitzenden des Obersten Sowjets Weißrußlands in seinem Bericht vom 8. Juli 1994 gegen die Fortführung der kostenlosen Ausgabe von Privatisierungsschecks. Er kritisiert, daß die Dividendenerwartungen der Bevölkerung nicht erfüllbar wären und dem Staat Einnahmen verloren gingen. Der Rat empfiehlt hingegen Investitionsausschreibungen und -auktionen, über die „aktive Investoren“ Aktienpakete von Staatsbetrieben erwerben sollen. Diesem Investorenkreis, zu dem explizit auch Ausländer gezählt werden, wird die Aufgabe zugedacht, die Betriebe zu modernisieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Ebenfalls ist an eine umfangreiche Beteiligung von Banken gedacht, die gemeinsam mit Industrieunternehmen „finanz-industrielle Gruppen“ bilden sollen — es bleibt dabei offen, ob dies auch für ausländische Institute gelten soll.⁴³

Anders als der Wirtschaftsrat will die Regierung die Scheckprivatisierung zügig durchführen. Gemäß dem Anti-Krisen-Programm sollen bis zum 30. Juni 1995 alle Schecks ausgegeben werden, die dann bis zum 31. Dezember 1996 verwendet werden können; das Privatisierungsministerium soll Börsen und Auktionen organisieren, auf denen der Aktienverkauf durchgeführt wird. Änderungen an dem Konzept der Scheckprivatisierung sind nicht erkennbar. Der Privatisierung soll auch die Entwicklung eines Wertpapiermarkts dienen, auf dem Investmentfonds eine besondere Rolle spielen sollen. Aussagen über die genaue Struktur und Organisation dieser Fonds werden nicht gemacht. Das Programm läßt nur erkennen, daß „spezialisierte Fonds“ Privatisierungsschecks sammeln und anlegen sowie „Investitions- und andere Projekte“ durchführen sollen; der Erwerb von Fondsanteilen durch ausländische Investoren ist offensichtlich vorgesehen. Eine weitere wichtige Funktion des Wertpapiermarkts soll darin bestehen, über die Plazierung staatlicher Wertpapiere Finanzmittel für Ausgabenprogramme der verschiedenen Gebietskörperschaften zu

mobilisieren. Das Regierungsprogramm sieht weiterhin vor, die Bodengesetzgebung dahingehend zu ändern, daß der Bodenerwerb für die Gründung von (für das Land) „notwendigen“ Betrieben ermöglicht wird, auch wenn ausländische Investoren an diesen beteiligt sind. Die Staatsbetriebe, aber auch Kolchosen sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt oder verpachtet werden. Zur Einschränkung der Monopolstellung der Verarbeitungsbetriebe im „Agrar-Industrie-Komplex“ sollen bei ihrer Transformation in offene Aktiengesellschaften 40 vH der Aktien an die landwirtschaftlichen Betriebe gehen. Auch wenn abzuwarten bleibt, wie das interpretationsfähige Regierungsprogramm in konkrete Politik umgesetzt wird, scheint doch sicher zu sein, daß der Staatseinfluß auf das Wirtschaftsgeschehen nach wie vor erhalten bleiben soll.

6. Anti-Krisen-Programm

Auf Initiative des neuen Präsidenten Lukaschenko verabschiedete der Oberste Sowjet Weißrußlands am 30. September 1994 ein Anti-Krisen-Programm.⁴⁴ Das Programm nennt als Ursache der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise auch Versäumnisse in der bisherigen Wirtschaftspolitik, vor allem in der makroökonomischen Stabilisierung, der Reform des Geld- und Kreditsystems sowie der Reform der öffentlichen Haushalte. Es sieht zwei Phasen vor, von denen die erste den Zeitraum von September bis Dezember 1994, die zweite den Zeitraum Januar bis Juni 1995 umfaßt. Das Programm hat in erster Linie zum Ziel, den Rückgang der Produktion aufzuhalten, die Inflation zu senken, den Haushalt zu konsolidieren, den sozial schwachen Bevölkerungsschichten das gegenwärtige Lebensniveau zu sichern und einer Massenarbeitslosigkeit vorzubeugen. Die Privatisierung wird dazu vergleichsweise kurz behandelt. Eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems soll erst nach dem erfolgreichen Abschluß der zweiten Phase des Programms beginnen.

Die Inflationsrate soll bis Juni 1995 auf monatlich 7–8 vH und bis Ende 1995 auf monatlich

lich 1–2 vH und das Haushaltsdefizit bis Jahresmitte 1995 auf 4,5 vH des BIP gesenkt werden. Die Exporte sollen von Steuern und Akzisen entlastet, die Investitionstätigkeit und die kleinen Unternehmen steuerlich begünstigt und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden. Die steuerliche Belastung der Wirtschaft soll von 30 vH des BIP auf 22 vH gesenkt werden. Gleichzeitig sollen die Steuern auf den Binnenhandel mit dem Ziel erhöht werden, den Zwischenhandel zu beschränken. Die Gesamtabgabenquote soll von gegenwärtig 50 vH des BIP auf 43 vH gesenkt werden. Zur Entlastung des Haushalts ist die stufenweise Einführung kostendeckender Preise für kommunale Dienstleistungen, Transport und Energie vorgesehen. Das Programm kündigt darüber hinaus die Einführung kostendeckender Preise für Energieträger, Lebensmittel und Wohnungsmieten an. Staatliche Preiskontrollen sollen bei Monopolanbietern und übergangsweise bei den Anbietern von Brot und Milch beibehalten werden. Die staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte sollen stufenweise erhöht werden, bis sie die Durchschnittskosten für Agrarprodukte decken. Die sozial schwachen Bevölkerungsschichten sollen Ausgleichszahlungen erhalten.

Das Geldmengenwachstum soll 40 vH im vierten Quartal 1994 und 60–80 vH im ersten Halbjahr 1995 (jeweils gegenüber der Vorperiode) nicht überschreiten. Die Kreditierung des Haushaltsdefizits durch die Zentralbank soll nur bis 2,8 vH des BIP Ende 1994 und bis 2,5 vH Mitte des Jahres 1995 zugelassen werden. Vorzugskredite der Zentralbank sollen nur für die Finanzierung staatlicher Lagerbestände von Getreide und wichtigen Nahrungsmitteln, einigen anderen Gütern und für die Finanzierung volkswirtschaftlich bedeutender Investitionsvorhaben vergeben werden. Die Geschäftsbanken sollen mehr Kontrollbefugnisse gegenüber den Unternehmen erhalten, um, zusammen mit neuen Zahlungsvorschriften, eine Zahlungsunfähigkeit und gegenseitige Verschuldung der Unternehmen zu verhindern. Zur Verbesserung der finanziellen Lage der Unternehmen ist eine Umbewertung der Lagerbestände und eine Indexierung der Abschreibungen vorgesehen. Die Kre-

ditierung von insolventen Betrieben soll eingestellt und Konkursverfahren sollen durchgeführt werden. Gleichwohl soll die Arbeitslosenquote Mitte 1995 die Höhe von 3 vH nicht überschreiten. Bei der Gewährung von Bau- und Konsumentenkrediten an die Bevölkerung wird eine höhere Eigenbeteiligung gefordert. Mit dem Übergang zu einer monatlichen Gutschrift von Depositenzinsen soll die Sparneigung erhöht und das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gestärkt werden.

Zum Ausgleich der defizitären Handels- und Leistungsbilanz sieht das Programm bis auf Ausnahmen für einzelne Güter die Beseitigung der Quoten und Lizenzen für Exporte und die Einschränkung von Bartergeschäften vor. Die illegalen Kapitalexporte sollen durch eine verstärkte staatliche Kontrolle unterbunden werden. Ausländische Investitionen sollen auch durch die Möglichkeit des Grunderwerbs gefördert werden.

Der Rückgang der Produktion soll in erster Linie durch die Vorgabe von Produktionszielen, Preisen und Tarifen, Löhnen und Gewinnverwendungsregeln an die staatlichen Betriebe seitens der staatlichen Behörden und durch eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle aufgehalten werden. Betriebliche Programme zur finanziellen, organisatorischen und produktionsmäßigen Umstrukturierung sollen dagegen die Marktorientierung der Betriebe fördern. Die Direktoren der staatlichen und kommerzialisierten Betriebe sollen persönlich für die Erfüllung der staatlichen Vorgaben verantwortlich sein. Dies soll in Verträgen mit den Direktoren festgelegt sein. Die Verträge sollen die Rechte und Pflichten der Direktoren beschreiben und wichtige Eckdaten über die wirtschaftlichen Aktivitäten und Ergebnisse der Betriebe enthalten.⁴⁵ Der Abschluß der Verträge mit den Direktoren hat durch Ausschreibungen zu erfolgen. Bei Nichterfüllung der staatlich gesetzten Kennziffern sollen Sanktionen einsetzen. Für insolvente Betriebe sind Konkursverfahren einzuleiten.

Ziel der Lohnpolitik ist die enge Bindung der Löhne an die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Dazu ist auch die Normierung der Personalkosten der staatlichen Betriebe insgesamt und die Verhängung von Sanktionen im Falle der Über-

schreitung der gesetzten Normen vorgesehen. Einkommen und Löhne sollen auch stärker als bisher durch Verträge zwischen den „Tarifpartnern“ sowie zwischen Behörden und Direktoren der staatlichen Unternehmen bestimmt werden.

Da die Instrumente der zentralgeplanten Wirtschaft weggebrochen sind und marktwirtschaftliche Strukturen fast völlig fehlen, wäre es dringend notwendig, in das Programm prinzipielle Reformmaßnahmen aufzunehmen. Die Regierung versucht jedoch, die Eigentümerfunktion des Staates gegenüber den Staatsbetrieben wieder mit massiven Auflagen und scharfer Kontrolle durchzusetzen. Dieser von der Regierung und dem Parlament eingeschlagene Weg wird kaum erfolgreich sein, da er nicht an die Interessenlage der Wirtschaftssubjekte anknüpfen kann. Persönliche Verträge mit den Direktoren und die Androhung von Sanktionen können als Instrument nicht ausreichen, zumal diesem Personenkreis auch der Wechsel in Privatunternehmen offensteht. Aussagen

über die dringende Umstrukturierung der noch auf den ehemals sowjetischen Markt ausgerichteten Großunternehmen und über ihre Privatisierung bzw. Kommerzialisierung wurden im Programm nicht getroffen.

Insgesamt muß konstatiert werden, daß die makroökonomischen Ziele des Programms in sich widersprüchlich sind; es fehlt eine eindeutige Schwerpunktsetzung. Eine Senkung der offenen Inflation, die Stabilisierung der Produktion und eine Arbeitslosenquote von nur 3 vH bei gleichzeitiger Sicherung des bisherigen Konsumniveaus kann nur zu Lasten der Investitionen gehen und erfordert darüber hinaus die Rückkehr zu dirigistischen Methoden. In der Tat verzichtet das Programm nicht nur darauf, die Stabilisierungsmaßnahmen mit einer Beschleunigung der Transformation zu verbinden. Trotz einer vorsichtigen Deregulierung in einigen Teilbereichen hat das Programm insgesamt sogar auch ausdrücklich die Wiederherstellung befehlswirtschaftlicher Strukturen zum Ziel.

III. Zusammenfassung

In Weißrußland fehlt nach wie vor eine angemessene wirtschaftspolitische Reaktion auf die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage des Landes. Dies hat erwartungsgemäß zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise geführt. Für das Gesamtjahr 1994 ist auf der Basis der ersten drei Quartale mit einem Rückgang des realen BIP um etwa ein Viertel zu rechnen. Das Tempo des Rückgangs dürfte sich damit gegenüber 1993 mehr als verdoppeln. Überproportional fiel der Produktionsrückgang in den ersten drei Quartalen 1994 zum einen in der Brennstoffindustrie aus, die vor allem russisches Erdöl weiterverarbeitet; daran wird die zentrale Rolle der im Preis stark gestiegenen und zugleich mengenmäßig erheblich reduzierten russischen Energielieferungen deutlich. Zum anderen weisen solche Industriezweige besonders ausgeprägte Rückgänge auf, die Investitionsgüter — vorzugsweise für den GUS-Markt — erzeugen. Rückläufig entwickelten sich aber auch die Erträge in der Landwirt-

schaft. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften um 26 vH. Allerdings nahmen dabei die Investitionen in die Erdölverarbeitung, die chemische und petrochemische Industrie geringfügig zu. Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell immer noch nur 2 vH. Angesichts eines kumulierten Rückgangs des BIP seit 1989 von etwa 40 vH muß jedoch von versteckter Massenarbeitslosigkeit ausgegangen werden. Die Verbraucherpreise stiegen im bisherigen Verlauf des Jahres 1994 durchschnittlich um 27 vH im Monat.

Die Fiskalpolitik verlief 1994 äußerst sprunghaft. Nach einer extremen Zunahme der Haushaltsausgaben im ersten Quartal, die zu einem Defizit von 13 vH des BIP führte, wurden im weiteren Jahresverlauf kräftige Ausgabenkürzungen vorgenommen, so daß das kumulierte Defizit im dritten Quartal 1994 unter 3 vH des BIP fiel. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Geldpolitik die Aufgaben der Fiskalpolitik übernommen hat. Dies würde bedeuten, daß an

die Stelle von Zuwendungen aus dem Staatshaushalt im zweiten und dritten Quartal neuerlich Kredite traten, die von der Zentralbank zu negativen Realzinsen bzw. de facto ohne Rückzahlungspflicht über die Geschäftsbanken an die Unternehmen ausgegeben wurden. Auf diese Praxis verweisen sowohl jüngste Absichtserklärungen, künftig anders verfahren zu wollen, als auch die anhaltend hohen Inflationsraten. Von seiten der Lohnpolitik kam es zu einer beträchtlichen Kostenentlastung für die Unternehmen. Diese Entwicklung ging mit einem erheblichen Rückgang des Lebensstandards einher.

Das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich 1994 um mehr als die Hälfte auf über 600 Mill. US\$ ausweiten. Obwohl Weißrußland ohne Belastung durch Altschulden der Sowjetunion in die Unabhängigkeit ging, beträgt der Stand der Außenverschuldung nach nur drei Jahren Unabhängigkeit bereits über 50 vH des BIP. Ein solches Ausmaß der Neuverschuldung wird sich nicht mehr lange fortführen lassen. Als eines der Instrumente zur Lösung des Problems zeichnet sich die Bezahlung russischer Energielieferungen mit Aktienpaketen weißrussischer Unternehmen ab. Die noch im ersten Halbjahr gehegten Hoffnungen auf wieder niedrigere russische Energiepreise, auf die Wiederbelebung der alten Absatzmärkte in Rußland, auf einen Beitritt zur Rubelzone und damit auf neuerliche Subventionen in Gestalt einer Beteiligung an den russischen Geldschöpfungsgewinnen haben sich, wie dies von den Instituten erwartet worden war, allesamt zerschlagen.

Damit ist die Wirtschaftspolitik auf der ganzen Linie gescheitert. Weder konnte der Lebensstandard der Bevölkerung aufrechterhalten, noch ein dramatischer Einbruch der Investitio-

nen verhindert werden. Auch das nach den Präsidentschaftswahlen schnell erstellte Anti-Krisen-Programm bietet keinen Lösungsansatz. Es enthält unvereinbare Zielsetzungen. So soll der gegenwärtige Lebensstandard gehalten, eine ungleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht zugelassen, in kurzer Frist der Produktionsrückgang praktisch zum Stillstand gebracht, die Arbeitslosigkeit auf 3 vH beschränkt und die monatliche Inflationsrate in den einstelligen Bereich zurückgeführt werden. Die vorgeschlagenen Instrumente zur Erreichung dieser Ziele werden unzureichend präzisiert. So sollen einerseits keine Kredite mehr an zahlungsunfähige Unternehmen ausgereicht werden, andererseits soll es für Unternehmen, denen eine Priorität zugesprochen wird, bei finanz- und geldpolitischer Unterstützung bleiben. Einerseits sollen Kredite nur noch zu Marktzinsen ausgereicht werden, andererseits gelten weiterhin Vorzugszinsen für sozial wichtige Zwecke. Einerseits wird eine Liberalisierung der Außenwirtschaftstätigkeit angekündigt, andererseits ihre stärkere Regulierung und Kontrolle. Diese Widersprüche deuten darauf hin, daß es sich bei dem Anti-Krisen-Programm um ein Kompromißpapier handelt, in das ohne ausreichende Abstimmung die Forderungen verschiedener Interessengruppen Eingang fanden. Insgesamt wird also die Krise von der weißrussischen Regierung nicht zum Anlaß entschiedener marktwirtschaftlicher Reformen genommen. Vielmehr werden befehlswirtschaftliche Strukturen reaktiviert. Westliche Unterstützung sollte daher mit der nachdrücklichen Forderung nach einem schlüssigen Transformationskonzept verbunden bleiben.

Fußnoten

- 1 Die statistischen Angaben über die Produktionsentwicklung bei den einzelnen Erzeugnissen der Brennstoffindustrie stehen allerdings im Widerspruch zu dem für die gesamte Branche ausgewiesenen Produktionsrückgang von über 50 vH. Die Erdölförderung ging in den ersten neun Monaten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum lediglich um 0,3 vH zurück, die Produktion von Dieselmotoren um 8 vH, von Heizöl um 30 vH, von Erdölbitumen um 18 vH und von Torfbriketts um 20 vH. Bei Benzin wird sogar ein Produktionsanstieg von 4 vH ausgewiesen. Vgl. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-sentjabre 1994 goda. Minsk 1994, S. 79.
- 2 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 12 ff. und 77 ff.
- 3 Vgl. Analiticeskij doklad o funkcionirovanii ekonomiki Belarusi v pervom polugodii 1993 goda. Minsk 1993, S. 110. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 12 f.
- 4 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 28 ff. und 85 ff.
- 5 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 33 f.
- 6 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 67 ff. und 127.
- 7 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 8 und 61.
- 8 Vgl. O rabote... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 61; eigene Berechnungen.
- 9 Diese Vermutung wird dadurch gestützt, daß die Regierung im Anti-Krisen-Programm eine Eindämmung des Zwischenhandels anzustreben scheint.
- 10 Unveröffentlichtes Arbeitsmaterial des weißrussischen Wirtschaftsministeriums.
- 11 Die Betriebe erlaubten sich offensichtlich zunehmende Beschäftigungsreserven, deren Ausmaße sicherlich die offizielle Arbeitslosigkeit bei weitem übersteigen.
- 12 Vgl. O rabote ... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 22.
- 13 Vgl. O rabote ... v janvare-ijule 1994 g., S. 41.
- 14 Vgl. O rabote ... v janvare-sentjabre 1994 g., S. 73.
- 15 Beachtenswert erscheint, daß bereits Mitte Oktober 1994 die Daten über das BIP sowie für den konsolidierten Haushalt bis zum Ende des dritten Quartals vorlagen. Der konsolidierte Haushalt umfaßt den Republikshaushalt und die Haushalte der unmittelbar nachgeordneten Gebietskörperschaften; nicht erfaßt sind die Aktivitäten der staatlichen Unternehmen und die außerbudgetären Fonds (Nebenhaushalte).
- 16 Zugrunde gelegt wurde ein in den offiziellen Daten impliziter BIP-Deflator von 2 600 vH.
- 17 In dieser Zahl spiegelt sich nicht die Abgabenquote wider; vor allem die Unternehmen sind zusätzlich zu den Steuerzahlungen mit erheblichen Abgaben in die außerbudgetären Fonds belastet. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 beliefen sich die Zahlungen in den Sozialversicherungsfonds und den Beschäftigungsfonds auf etwa 11 vH des BIP.
- 18 Mit dieser Veränderung des Steuersatzes wurde eine Annäherung des weißrussischen Steuersystems an die russische Gesetzeslage angestrebt, um eine Voraussetzung für den damals geplanten Beitritt zur Rubelzone zu schaffen.
- 19 Diese sind auf Grundlage des Minimallohns kalkuliert. Jede Änderung des Minimallohnsatzes führt daher zu einer nominalen Veränderung der Einkommensklassen. Vgl. Calavek i ekonomika, Nr. 1/1994, S. 32 ff. Die Minimallohnentwicklung blieb hinter der Inflation zurück.
- 20 Interne Unterlagen des Forschungsinstituts des Wirtschaftsministeriums der weißrussischen Regierung, Naucno-issledovatel'skij ekonomiceskij institut (NIES).
- 21 Soweit nicht anders vermerkt, beruhen alle Daten dieses Abschnitts auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.
- 22 Vgl. O rabote ... v janvare-sentjabre 1994, a.a.O., S. 58–59. Die Interpretation dieser Angaben ist problematisch, da das statistische Amt keine Zeitreihen veröffentlicht, sondern nur die Zunahme des Kreditvolumens innerhalb eines bestimmten Zeitraums angibt. Unklar bleibt zudem, wie das gesamtwirtschaftliche Kreditvolumen definiert wurde.
- 23 Internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds zufolge wurden den Unternehmen im März und im Dezember 1993 kurzfristige Bankkredite zur Begleichung ihrer zwischenbetrieblichen Schulden zur Verfügung gestellt.
- 24 Die Angaben über die Entwicklung der zwischenbetrieblichen Verschuldung im Jahr 1994 wurden internen Arbeitsunterlagen des NIEI entnommen.
- 25 Die Analyse der Entwicklung der öffentlichen Haushalte hat zudem gezeigt, daß es ab dem zweiten Quartal 1994 Anzeichen für eine erneute Umlenkung der Zentralbankkredite weg von der Regierung hin zu den Geschäftsbanken gibt.
- 26 Das Anti-Krisen-Programm der Regierung fordert zwar die Durchsetzung positiver Realzinsen, enthält aber keine konkreten Angaben darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Vielmehr wird das Ziel genannt, die Einlagenzinsen über die der Nachbarstaaten Weißrußlands anzuheben. Vgl. Programma neotloznych mer po vyvodu ekonomiki Respubliki Belarus' iz krizisa. Minsk, 10. September 1994, S. 22.

- 27 Vgl. Handelsblatt vom 27. Oktober 1994.
- 28 Für Auslandsforderungen Weißrußlands gibt es keine Indizien. Daher dürfte die Brutto- der Nettoverschuldung entsprechen.
- 29 Vgl. Weltentwicklungsbericht 1994 der Weltbank, Washington, D.C., 1994, Tabellen 20 und 23. Der Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtexporten liegt im internationalen Vergleich noch niedrig. Dem steht aber entgegen, daß Weißrußland als eine kleine Volkswirtschaft naturgemäß eine relativ hohe Außenhandelsquote aufweist. Die aussagekräftigere Bezugsgröße ist daher das Bruttoinlands- (bzw. Bruttosozial-)produkt.
- 30 Vgl. Programma ..., a.a.O., S. 25.
- 31 Vgl. Programma ..., a.a.O., S. 31.
- 32 Vgl. Programma ..., a.a.O., S. 8. Ausfuhren in Staaten außerhalb der GUS unterliegen entsprechend dem Bestimmungslandprinzip ohnehin nicht den Akzisen.
- 33 Vgl. Programma ..., a.a.O., S. 8.
- 34 Soweit nicht anders vermerkt, beruhen die Angaben dieses Abschnitts auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.
- 35 Vgl. VWD-Osteuropa vom 19. Oktober 1994.
- 36 Vgl. VWD-Osteuropa vom 18. Oktober 1994.
- 37 Vgl. Programma ..., a.a.O., S. 19.
- 38 Für die Folgezeit liegen keine Angaben vor. Zu bemerken ist, daß es sich bei dem Marktkurs nicht um einen frei gebildeten Kurs handelt, da die Zentralbank entweder durch eigene Interventionen oder durch die Auswahl der am Markt teilnehmenden Banken erheblichen Einfluß auf die Kursbildung ausübt.
- 39 Vgl. Minsk Economic News, Nr. 10/1994, S. 1-2.
- 40 Vgl. Belorusskaja Delovaja Gazeta vom 10. Oktober 1994, S. 4.
- 41 Die reale Abwertung gegenüber dem russischen Rubel bei gleichzeitiger realer Aufwertung gegenüber dem US-Dollar muß zunächst verwundern, wenn man berücksichtigt, daß sich der russische Rubel in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 um real rund 8 vH gegenüber dem US-Dollar aufgewertet hat. Aus der Entwicklung der bilateralen Wechselkurse zum US-Dollar würde sich somit eine reale Aufwertung des weißrussischen gegenüber dem russischen Rubel um 4 vH ergeben. In der tatsächlich erfolgten realen Abwertung kommt die Segmentierung der Devisenmärkte in Weißrußland zum Ausdruck, durch die Arbitragegeschäfte verhindert werden. Diese hat dazu geführt, daß der aus den bilateralen Wechselkursen zum US-Dollar ermittelte Kurs zwischen weißrussischem und russischem Rubel im Dezember 1993 um 30 vH über dem Marktkurs lag; im Juli 1994 waren dies nur 0,5 vH.
- 42 Vgl. ausführlich: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge, 234, Kiel 1994. Dieser Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht, 25/94, und in der IWH Forschungsreihe, 4/1994, veröffentlicht. Nach Fertigstellung des Gutachtens wurde eine weitergehende Verordnung über die Teilnahme ausländischer Investoren an der Privatisierung veröffentlicht; vgl. Polozenie ob ucastii inostrannyh investorov v konkursach i aukcionach po produze ob'ektov gosudarstvennoj sobstvennosti. In: Respublika vom 15. November 1994.
- 43 Vgl. Wirtschaftsrat beim Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Republik Weißrußland. Bericht vom 8. Juli 1994, S. 6 f.
- 44 Programma neotloznych mer po vyvodu ekonomiki Respubliki Belarus' iz krizisa, bestätigt durch eine Verordnung des Obersten Sowjets der Republik Belarus' vom 30. September 1994.
- 45 Polozenie o porjadke i uslovijach zaključenija kontraktov s rukovoditeljami gosudarstvennyh predprijatij, obidenij, organizacij i ucrezdenij, bestätigt durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Republik Belarus' vom 16. September 1994, Nr. 76.